



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **#BargainForTheBudget: Massive Aufstockungen der EU-Mittel für Forschung, Innovation und Digitalisierung geplant** 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- **Neue Sicherheitsbestimmungen für Drohnen** 3
- **Neue Sitzverteilung nach der Europawahl 2019** 3
- **Verabschiedung neuer LKW-Umweltvorgaben und Entschließung zur Modernisierung des Bildungssystems** 4
- **Debatte über Währungsunion und Migration** 4
- **Einschränkung von Antibiotika in landwirtschaftlichen Betrieben** 5

Rat der Europäischen Union

- **Rat und Parlament einigen sich auf Beschränkung der Kosten für Auslandstelefonate** 6
- **Rat einig, wie nicht gezahlte Mautgebühren besser eingezogen werden können** 6
- **Rat legt Positionen zu Meeresabfällen und Wettbewerb im Luftverkehr fest** 7

Europäische Kommission

- **#BargainForTheBudget: Kommission legt Budgetvorschläge für EU-Förderprogramme vor** 8
- **Kommission präsentiert Jahresbericht über die Charta der Grundrechte der EU** 9

Ausschuss der Regionen

- **#BargainForTheBudget: Ausschuss der Regionen kritisiert Pläne zur Kürzung der Mittel für Agrar- und Regionalpolitik** 10

| | |
|-------------------------------------|----|
| Laufende Konsultationen | 11 |
| Tagesordnungen der Institutionen | 12 |
| Impressum und Abbildungsverzeichnis | 12 |

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

#BargainForTheBudget: Massive Aufstockungen der EU-Mittel für Forschung, Innovation und Digitalisierung geplant

Am 7. Juni stellte die Kommission ihre ambitionierten Pläne für die zukünftige EU-Forschungspolitik vor, welche eine massive Aufstockung des Budgets um 60 % vorsehen.



Insgesamt will die Kommission im neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 rund 100 Mrd. € für Forschung und Innovation im Rahmen des EU-Programms „[Horizon Europe](#)“ bereitstellen. Neben der Beibehaltung des Europäischen Forschungsrats (ERC), welcher Stipendien und Austauschprogramme von SpitzenforscherInnen finanziert, werden einige neue Initiativen eingeführt.

Dem Europäischen Innovationsrat (EIC) wird dabei die Rolle zukommen, über zwei verschiedene Finanzierungsinstrumente - eines für die Frühphase und ein anderes für Entwicklung und Markteinführung - bahnbrechende Technologien finanziell zu unterstützen und mit dem notwendigen Risikokapital auszustatten. Die Idee ist dabei, die vielversprechendsten Technologien und Forschungsvorhaben schnell und effektiv in deren Entwicklung zu unterstützen.

Außerdem will die Kommission einige spezifische Forschungsaufträge ausschreiben, die sich auf komplexe Problemlagen konzentrieren, die nur im Rahmen grenzüberschreitender europäischer Zusammenarbeit gelöst werden können. Darunter fallen Herausforderungen wie die Bekämpfung von Krebs, klimaneutraler Verkehr oder die Befreiung der Ozeane von Plastikmüll. Die Aufträge selbst sollen unter Einbeziehung von direkter BürgerInnenbeteiligung vom EU-

Parlament und den Mitgliedstaaten festgelegt werden. Zudem sollen die Mitgliedstaaten speziell dabei unterstützt werden, ihr nationales Innovationspotential abzurufen. Dies soll in enger Abstimmung mit den Regionalpolitikfonds stattfinden, um vor allem Regionen dabei zu unterstützen, Innovationen und wachstumsfördernde Spezialisierungen zu entwickeln. Außerdem wird „Horizon Europe“ weiterhin dem Grundsatz der „offenen Wissenschaft“ unterliegen. In diesem Sinne soll der offene Zugang zu Veröffentlichungen und Daten ausgebaut werden, damit Innovationen beim Erreichen ihres Potentials nicht beeinträchtigt werden.

Diese und weitere Maßnahmen sollen dabei helfen, die EU-Forschungspolitik künftig besser den politischen Prioritäten der EU entsprechend auszurichten und die Abhängigkeit von Partnerschaften mit der Industrie zu verringern. Speziell die verstärkte Zusammenarbeit mit den Regionalpolitikprogrammen und anderen Strukturfonds wie „[Connecting Europe](#)“ soll dabei einen entscheidenden Beitrag leisten.

Außerdem stellte die Kommission ihre Pläne für ein eigenes [Digitalisierungsprogramm „Digitales Europa“](#) vor. Dieses soll mit 9,2 Mrd. € dotiert sein und die notwendigen Investitionen in den Zukunftsbranchen Hochleistungsrechnern, künstliche Intelligenz und Cybersicherheit ankurbeln. Damit soll der Aufbau notwendiger Infrastruktur für die Entwicklung strategischer digitaler Kapazitäten vorangetrieben werden.

Dazu soll „Digitales Europa“ Schulungen und Weiterbildungen für ArbeitnehmerInnen im Bereich Digitales fördern. Ein weiteres Ziel des Digitalisierungsprogramms ist der Ausbau der digitalen Kapazitäten von Verwaltungen im öffentlichen Dienst und der Ausbau der europäischen Vernetzung auf diesem Gebiet.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Neue Sicherheitsbestimmungen für Drohnen

Das Parlament segnete am 12. Juni eine Verordnung ab, die erstmals Bestimmungen für den Umgang mit und der Sicherheit von Drohnen vorsieht.

Nach der vorläufigen Einigung mit dem Rat sehen die neuen europaweiten Bestimmungen gemeinsame Sicherheitsstandards für Drohnen vor. Damit soll Produktherstellern Planungssicherheit für die Entwicklung neuer Produkte gegeben werden. Die neuen Regeln sehen konkret vor, dass Drohnen keine Gefahr für Personen darstellen, indem sie je nach Bedarf bzw. Einsatzgebiet die Drohne mit einer Landeautomatik und Kollisionsvermeidungssystemen ausgestattet sein müssen. BetreiberInnen von Drohnen müssen künftig Schulungen machen, sofern sie nicht mit den geltenden Vorschriften vertraut sind. Außerdem werden maximale Flughöhen festgeschrieben sowie bestimmt, welche gefährdete Gebiete im

städtischen Raum nicht überflogen werden dürfen.

Auch eigene nationale Register für die BetreiberInnen von größeren Drohnen sind geplant. Weiters aktualisiert die Verordnung die Flugsicherheitsvorschriften, um trotz wachsenden Luftverkehrsaufkommens weiterhin Sicherheit gewährleisten zu können. Unter anderem soll es eine verstärkte Zusammenarbeit der [EU-Flugsicherheitsagentur](#) mit den nationalen Behörden zur Risikobewertung von Flügen geben. Sobald der Rat sein grünes Licht gibt, können die neuen Vorschriften in Kraft treten.

[Mehr Informationen](#)

Neue Sitzverteilung nach der Europawahl 2019

Das Parlament hat dem Vorschlag des Rates zugestimmt, dass es 46 seiner 751 Sitze verliert, wenn das Vereinigte Königreich die EU verlassen hat. Diese Sitze könnten später neue Abgeordnete künftiger Mitgliedstaaten einnehmen.

Durch den Brexit werden insgesamt 73 Sitze im Parlament frei. Davon sollen 46 Plätze vorerst nicht besetzt werden, die Abgeordnete aus zukünftigen Beitrittsländern einnehmen würden.

Die anderen 27 britischen Sitze sollen auf jene 14 Mitgliedstaaten verteilt werden, die derzeit im Parlament leicht unterrepräsentiert sind. Davon würde auch Österreich profitieren: Es würde 1

Sitz gewinnen und daher künftig mit 19 Sitzen ausgestattet sein.

Die vorgeschlagene [Sitzverteilung](#) muss noch von den Staats- und Regierungschefs der EU auf dem Gipfel am 28. und 29. Juni in Brüssel formell gebilligt werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Verabschiedung neuer LKW-Umweltvorgaben und EntschlieÙung zur Modernisierung des Bildungssystems

Im Rahmen seiner Plenarsitzung verabschiedete das Parlament am 12. Juni u.a. neue LKW-Umweltvorgaben und eine EntschlieÙung zur Modernisierung des Bildungssystems.

Die [Verordnung](#) zu den LKW regelt erstmals die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von LKW, nachdem bisher entsprechende Regeln nur für PKW gelten. Die Bestimmungen sehen ein standardisiertes Verfahren zur Messung der Emissionen vor, um Vergleichbarkeit zwischen Modellen und Mitgliedstaaten herstellen zu können. Hintergrund ist das Ziel der EU, die CO₂-Emissionen im Verkehr im Einklang mit den Pariser Klimaschutzziele zu senken. Derzeit machen LKW-Emissionen 18,8 % der verkehrsbedingten Emissionen aus.

Im Bereich der Bildung nahmen die MEPs eine [EntschlieÙung](#) zur Schaffung einer umfangreichen Bildungsstrategie an, die den ganzen

Bildungsweg von Kindergarten bis Universität umfasst. „Schule“ soll dabei nicht nur als Bildungsstätte verstanden werden, sondern auch seiner vielschichtigen sozialen Funktion gerecht werden. In ihrem Bericht fordert das Plenum deshalb u.a. eine größere Schul-autonomie durch bessere lokale Einbindung und eine Strategie gegen Gewalt unter SchülerInnen, Aggression im Internet sowie Mobbing und Diskriminierung zu entwickeln. In der Hochschulpolitik wird u.a. die Stärkung des Wissensdreiecks zwischen Bildung, Forschung und Innovation, der Ausbau der zivilgesellschaftlichen Kompetenzen sowie mehr Praktika in die Hochschulprogramme zu integrieren und mit ECTS-Leistungspunkten anzurechnen, als wichtig angesehen.

Debatte über Währungsunion und Migration

Im Rahmen der Plenarsitzung am 12. Juni standen Debatten u.a. zur Währungsunion und der Migrationsthematik an.

In der Debatte forderten die MEPs die Mitgliedstaaten auf, beim nächsten EU-Gipfel in Brüssel am 28.-29. Juni eine Einigung über die Reform der EU-Migrationspolitik im Rahmen des Dublin-Systems zu erzielen. Nicht erst das derzeitige politische Tauziehen um das Anlegen des Rettungsschiffs „Aquarius“ im Mittelmeer habe die Notwendigkeit einer Reform offengelegt. Das Parlament will eine neue funktionierende solidarische Regelung, um Ankunftsstaaten wie Italien und Griechenland künftig besser zu entlasten.

Außerdem debattierte das [Plenum](#) mit dem für den Euro zuständigen Kommissar Vladis Dombrovskis die Pläne der Kommission für die Weiterentwicklung der Währungsunion. Dabei wurden u.a. das geplante Stabilisierungsinstrument zur Absorption von Schocks begrüÙt, wobei die Weigerung einiger Mitgliedstaaten, den Europäischen Währungsfonds als Nachfolgeinstrument des Europäischen Stabilitätsmechanismus in EU-Recht überzuführen, kritisiert wurde.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Einschränkung von Antibiotika in landwirtschaftlichen Betrieben

Die Abgeordneten und MinisterInnen haben sich am Dienstag informell darauf geeinigt, den Einsatz von Antibiotika in landwirtschaftlichen Betrieben einzuschränken, um resistente Bakterien aus menschlichen Lebensmitteln fernzuhalten.

Die VerhandlerInnen sind sich einig, dass Tierarzneimittel keinesfalls dazu dienen sollen, die Leistung zu verbessern oder eine schlechte Tierhaltung auszugleichen. Die prophylaktische Verwendung von antimikrobiellen Mitteln soll nur dann erlaubt sein, wenn dies von einem Tierarzt in Fällen, in denen ein hohes Infektionsrisiko mit schwerwiegenden Folgen besteht, vollständig gerechtfertigt ist.

Eine metaprohylaktische Verwendung von Antibiotika, d.h. die Behandlung einer Gruppe

von Tieren bei Anzeichen einer Infektion, sollte nur dann erfolgen, wenn es keine geeignete Alternative gibt und eine Diagnose sowie Begründung durch einen Tierarzt der Maßnahme vorausgehen.

Der Umweltausschuss des Parlaments (ENVI) wird über die Grundsatzmeinung auf seiner Sitzung nächste Woche abstimmen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat und Parlament einigen sich auf Beschränkung der Kosten für Auslandstelefonate

Der Rat und das Parlament haben sich auf das Ende von teuren Auslandstelefonaten sowie den Ausbau des 5G-Netzes geeinigt.

Die Gebühren für Auslandstelefonate sollen künftig nicht höher als bei 19 Cent für Telefonate und 6 Cent für SMS liegen. Auch soll ein Ko-Finanzierungsmodell für den Ausbau von Netzinfrastruktur eingeführt werden, um ein besseres Investitionsumfeld zu schaffen. Außerdem müssen die Telekommunikationsdienstleister ihre Verschlüsselungssysteme zum Schutz der NutzerInnen ausbauen und verbessern. Zudem wird das Recht auf Rückerstattung von Restguthaben beim Anbieterwechsel und die Verringerung von

zusätzlichen Kosten bei frühzeitigen Vertragskündigungen vorgesehen.

Außerdem soll das 5G-Netz ausgebaut und ein sogenanntes umgekehrtes Euronotrufsystem (112) eingeführt werden. Damit können EU-BürgerInnen künftig schnell und zuverlässig per SMS vor großen Notfällen wie Terroranschlägen und Naturkatastrophen gewarnt werden.

[Mehr Informationen](#)

Rat einig, wie nicht gezahlte Mautgebühren besser eingezogen werden können

Am 7. Juni einigte sich der Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie auf den Entwurf einer Richtlinie, die das Einziehen nicht gezahlter Straßenbenutzungsgebühren erleichtern soll.

Die neuen Vorschriften sollen den Mitgliedstaaten mehr Möglichkeiten in die Hand geben, ausländische AutofahrerInnen, die unrechtmäßig keine Straßenbenutzungsgebühren zahlten, auszumachen. Konkret wollen die Mitgliedstaaten sich gegenseitig Zugriff auf ihre nationalen Fahrzeugzulassungsdatenbanken gewähren. Die Richtlinie soll die Rechtsgrundlage für einen solchen Informationsaustausch bilden. Etwaige verwaltungsrechtliche Folgen unterliegen weiterhin dem nationalen Recht des Landes, in dem die Gesetzesüberschreitung erfolgte.

Außerdem will der Rat mit der neuen Richtlinie durch die Abschaffung lokaler technischer Spezifikationen die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme verbessern. Als langfristiges Ziel soll es AutofahrerInnen ermöglicht werden, ihre elektronische Maut mit einer einzigen Rechnung im Rahmen eines einzigen Vertrags begleichen zu können.

Sobald sich das Parlament mit der Materie befasst hat, wird der Rat mit den Abgeordneten in Verhandlungen um einen finalen Gesetzesentwurf treten.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat legt Positionen zu Meeresabfällen und Wettbewerb im Luftverkehr fest

Bei seiner Sitzung am 7. Juni einigte sich der Rat für Verkehr, Handel und Energie auf seine Position zu neuen Gesetzesinitiativen zu Meeresabfälle und Wettbewerb im Luftverkehr.

Hintergrund ist die weitverbreitete Praxis von Schiffen, ihre Abfälle auf See zu entsorgen, um Geld zu sparen. Dies soll mit einer neuen [Richtlinie](#) verhindert werden. Konkret sollen Schiffe künftig eine indirekte Gebühr zahlen für die Erlaubnis, Abfälle in Häfen zu entsorgen, egal ob dort eine Entladung stattfindet oder nicht. Durch einen Rabatt für umweltfreundlichere Schiffe, die eine umfangreiche Abfallentsorgung an Bord haben, wird der Anreiz gesetzt, Abfälle ordnungsgemäß an Land zu entsorgen. Gemeinsam mit Maßnahmen zur Verbesserung der Abfallbewirtschaftung in Häfen sollen so signifikant weniger Plastik und Fischnetze in die Ozeane gelangen.

Außerdem legte der Rat seine Position zur geplanten [Verordnung](#) zur Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr fest. Diese soll einen fairen Wettbewerb garantieren, ohne die

hochwertigen europäischen Luftverkehrsverbindungen zu gefährden. Das Ziel ist es, entsprechend Abhilfe für Praktiken, die zur Verzerrung des Wettbewerbs führen, zu schaffen. Konkret ersetzt der Verordnungsvorschlag eine bestehende gesetzliche Regelung, die bisher kaum effektiv zur Anwendung kommt. Hintergrund ist das Fehlen entsprechender globaler Bestimmungen im Rahmen der WTO und Internationalen Zivilluftfahrtorganisation. Die Vorschläge sollen auch als Grundlage für ein einheitliches Verfahren zur Einbeziehung der Bestimmungen in europäische und bilaterale Luftverkehrsabkommen dienen.

Beide Gesetzesvorhaben werden demnächst in Verhandlungen mit dem Parlament konkretisiert, bevor sie zur endgültigen Verabschiedung kommen können.



Europäische Kommission

#BargainForTheBudget: Kommission legt Budgetvorschläge für EU-Förderprogramme vor

Anfang Juni veröffentlichte die Kommission weitere Detailvorschläge zum zukünftigen Budget für die EU-Programme zum Binnenmarkt, Infrastruktur, Steuern und Zölle sowie dem Solidaritätskorps.

Binnenmarktprogramm

Die Kommission will im neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 ein eigenes Programm zur Stärkung des Binnenmarkts einführen. Dieses soll mit 4 Mrd. € dotiert sein und auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie auf den Verbraucherschutz ausgerichtet sein. Damit soll das hohe Niveau von Produktsicherheit und Verbraucherschutz sichergestellt und der Rechtsbehelfszugang von VerbraucherInnen gestärkt werden. Die Unterstützung der KMU soll vor allem durch die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit einen Ausbau der Kapazitäten erleichtern, um Wachstum zu generieren.

Auch eine finanzielle Unterstützung für die Sicherstellung einer hohen Lebensmittelsicherheit zum Schutz der Gesundheit und Natur ist vorgesehen. Zudem soll das Programm dabei helfen, den Binnenmarkt gerechter zu gestalten und auf die Umwälzungen durch die Digitalisierung vorzubereiten. Außerdem werden mit dem Programm die Mitgliedstaaten beim Ausbau nationaler statistischer Kapazitäten finanziell unterstützt.

Infrastruktur

Im Bereich Infrastruktur will die Kommission die Mittel im Rahmen des EU-Programms „Connecting Europe“ um knapp 50 % auf 42,3 Mrd. € erhöhen. Konkret sollen 30,6 Mrd. € in den Bereich Verkehr, 8,7 Mrd. € in die Energiewende und rund 3 Mrd. € in den Ausbau der digitalen Infrastruktur fließen. Das Programm soll einen stärkeren ökologischen Fokus bekommen, sodass 60 % der Mittel zu den EU-Klimaschutzziele beitragen.

Durch den Ausbau der Bahnkapazitäten und dem Netz von Ladestationen für alternative Kraftstoffe soll die Entwicklung eines klimaneutralen Verkehrssystems vorangebracht werden. Knapp ein Viertel der Mittel (11,3 Mrd.

€) soll strukturschwachen Mitgliedstaaten vorbehalten sein. Das Programm beinhaltet auch den Ausbau militärrelevanter Verkehrsinfrastruktur.

Das Energiebudget hat speziell zum Ziel, marktfähige Technologien im Bereich erneuerbarer Energien zu unterstützen und die transeuropäischen Energienetze auszubauen, um die Integration des europäischen Energiebinnenmarkts zu fördern. Außerdem will die Kommission mit dem eigenen Budget für Digitales der schnell steigenden Nachfrage nach verlässlichen und erschwinglichen Internetnetzen mit hoher Kapazität nachkommen.

Steuern und Zölle

Im Bereich Steuern und Zölle schlägt die Kommission vor, die beiden Programme „Customs“ und „Fiscalis“ mit einem Budget von 950 Mio. € bzw. 270 Mio. € weiterlaufen zu lassen. „Customs“ soll den Ausbau des Informations- und Datenaustauschs in Bezug auf gefährliche und gefälschte Waren zwischen den Mitgliedstaaten und die Zollbehörden beim Schutz von finanziellen und wirtschaftlichen EU-Interessen unterstützen. Außerdem wird „Customs“ bessere Risikomanagementstrategien ausarbeiten. „Fiscalis“ hat zum Ziel, durch die Entwicklung und den Aufbau von besser vernetzten IT-Systemen und den Austausch von bewährter Verfahren, die Zusammenarbeit der nationalen Steuerverwaltungen auszubauen, um die Steuervermeidung zu reduzieren.

Solidaritätskorps

Die Kommission will das Budget für den Europäischen Solidaritätskorps auf 1,26 Mrd. € erhöhen. Damit sollen Volontariate, Praktika sowie Arbeitsstellen für 350.000 junge EuropäerInnen finanziert werden. Speziell sollen Freiwilligenprogramme im Bereich humanitäre Hilfe außerhalb der EU in den Fokus rücken.



Europäische Kommission

Kommission präsentiert Jahresbericht über die Charta der Grundrechte der EU

Am 6. Juni legte die Kommission den [Jahresbericht](#) über die Charta der Grundrechte der EU vor.

Trotz zahlreicher politischen Herausforderungen im letzten Jahr sieht die Kommission die Charta weiterhin als wirksames Instrument zum Schutz von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit an. Der Bericht regt jedoch den Ausbau von aktiver Stärkung für die Zivilgesellschaft zur Unterstützung der Demokratie an. Auch die bessere Förderung der sozialen Rechte wie der Schutz vor prekären Arbeitsbedingungen in sogenannten atypischen Arbeitsverhältnissen (Bsp.: Null-Stunden-Verträge) wurde vorgeschlagen. Als wichtiges Feld sah der Bericht zudem die Bekämpfung von Diskriminierung von Frauen an. Vor allem in Bezug auf das weiterhin signifikante

Lohngefälle zwischen Männern und Frauen sieht die Kommission hier weiterhin Aufholbedarf.

Eines der akutesten Probleme sieht der Bericht im unzureichenden Schutz von minderjährigen MigrantInnen. Abhilfe soll hier ein von der Kommission eingerichtetes europäisches Vormundschaftsnetz schaffen. Auch das Problem von Rassismus und Diskriminierung im Netz kommt im Bericht vor, wobei die Kommission hier den Ausbau der Zusammenarbeit mit sozialen Medien und nationalen Behörden sowie der Zivilgesellschaft anpeilt.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

#BargainForTheBudget: Ausschuss der Regionen kritisiert Pläne zur Kürzung der Mittel für Agrar- und Regionalpolitik

Nach der Vorstellung der Detailvorschläge zum zukünftigen Budget der EU-Agrar- und Regionalpolitik kritisierte der Ausschuss der Regionen (AdR) die geplanten Kürzungen.

AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz sieht vor allem die Kürzungen der Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums im Rahmen der [Gemeinsamen Agrarpolitik \(GAP\)](#), die Erhöhung der nationalen Kofinanzierung als auch das Wegfallen der Gelder aus den Regionalfonds für die ländliche Entwicklung kritisch (vgl. [Tirol-in-Europa 22-20](#)). Die Reduzierung würde die Lebensfähigkeit von Landwirtschaftsbetrieben sowie den innereuropäischen Zusammenhalt gefährden. Lambertz regt an, die ländliche Entwicklung auch in den anderen EU-Politikbereichen außerhalb der GAP wie der Regional- und Forschungspolitik mehr in den Fokus zu rücken. Der AdR-Berichterstatter zur GAP, Guillaume Cros, sieht vor allem JunglandwirtInnen von den Plänen der Kommission zu wenig geschützt.

Positiv sieht der AdR die geplante degressive Staffelung der Direktzahlungen, wobei die Wirksamkeit dieses Instruments sich erst zeigen

müsse. Der AdR fordert diesbezüglich die Kommission auf, entsprechende Schätzungen zur Größe des Anteils der Gelder, die dadurch zugunsten der Kleinbetriebe umverteilt werden, vorzulegen.

Auch die geplanten Kürzungen des [Budgets für die Regionalpolitik](#) (vgl. [Tirol-in-Europa 21-20](#)) stößt beim AdR auf Ablehnung. Konkret fordert der Ausschuss die Bereitstellung ausreichender Mittel, um auch künftig die Verringerung der regionalen Unterschiede erfolgreich fortsetzen zu können. Unterstützt wird der AdR in diesem Belange von der bulgarischen Ratspräsidentschaft. Problematisch sehen die Regional- und KommunalpolitikerInnen vor allem die befürchtete steigende Zentralisierung der Investitionen und die zunehmende inhaltliche Aufspaltung der verschiedenen Regionalfonds.

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Fangmöglichkeiten für 2019 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
11. Juni 2018 - 21. August 2018

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Unterstützung der EU für die Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern und bei den Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten \(2010–2017\)](#)

Europäische Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung
11. Juni 2018 - 17. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Regelung für die Flottenzugänge und -abgänge](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
4. Juni 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Ozonverordnung](#)

Klimaschutz
1. Juni 2018 - 24. August 2018

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung der direkten Mittelverwaltung im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds \(EMFF\)](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
28. Mai 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse](#)

Öffentliches Gesundheitswesen , Steuern
23. Mai 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht \(EMCDDA\)](#)

Grenzen und Sicherheit, Öffentliches Gesundheitswesen
18. Mai 2018 - 10. August 2018

[Öffentliche Konsultation als Beitrag zur Eignungsprüfung für die Luftqualitätsrichtlinien](#)

Umwelt
8. Mai 2018 - 31. Juli 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michael Jennewein, BA

Abbildungsverzeichnis

Seite 2: <https://www.pexels.com/de/foto/analyse-begrifflich-blase-brett-355952/>